

# Sparpolitik: Rotes Veto gegen Faymanns „One-Man-Show“

Basis-Aktivist: Offener Brief der Sektion 8\* an das SPÖ-Präsidium, vorhandene Spielräume zu nutzen, um der Schuldenbremse „die Giftzähne zu ziehen“.

Seit Jahrzehnten ist es ein Fixpunkt der SPÖ-Wirtschaftspolitik, jedem Wirtschaftsschwung mit Konjunkturpaketen zu begegnen. Die Tatsache, dass Österreich die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU hat, ist nicht zuletzt dieser Kontinuität in der Konjunkturpolitik geschuldet. Vor der Krise verursachte diese Politik nicht einmal Ausgabenprobleme. Der Anteil der Staatsausgaben am BIP sank zwischen 1995 und 2007 von 56,4 auf 48,3 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert der vorangegangenen 30 Jahre. Dadurch sank auch die Gesamtverschuldung zwischen 1999 und 2007 von 67 auf 60 Prozent des BIP. Eine hohe Beschäftigung und ein kontinuierlicher Rückgang der Staatsverschuldung waren vor der Krise kein Widerspruch.

Die Schuldenbremse deutscher Spielart zwingt zu einer gänzlich anderen Politik, weil für Konjunkturpakete kaum noch Spielraum besteht. Noch schlimmer ist der Umstand, dass ein Anstieg des Defizits im Abschwung, wegen steigender Kosten für Arbeitslosigkeit oder sinkender Einnahmen aus Steuern, mit zusätzlichen Einsparungen beantwortet werden müsste, um einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten.

Selbst mit großer steuerlicher Umverteilung kann man nicht wieder gutmachen, was man durch diese krisenverschärfende Politik an Arbeitslosigkeit und Armut verursacht. Wie die sozialdemokratische Konjunkturpolitik über Nacht auf die Müllhalde der Geschichte geworfen und durch

die Schuldenbremse ersetzt wurde, ist ein Lehrstück über die Funktionsweise von Macht in der SPÖ.

Werner Faymann kehrte vom EU-Gipfel im Dezember zurück und verkündete, er wolle die Schuldenbremse deutscher Spielart in die österreichische Verfassung schreiben. Diese Kehrtwende wurde mit den maßgeblichen Akteuren der österreichischen Sozialdemokratie nicht abgesprochen. Doch es gibt niemanden in der SPÖ, die/der von der bewährten Politik der Konjunktursteuerung – dem Herzstück sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik – abrücken wollte. Im Gegenteil, wer in die Partei hineinhört, weiß, es gibt eine schweigende Mehrheit gegen die Schuldenbremse. Wieso lassen

sich die Spitzen von Ländern und Gewerkschaften die Kehrtwende trotzdem gefallen? Würden sie offen rebellieren und einige Abgeordnete aus den Reihen der SPÖ bei der Abstimmung im Nationalrat „herausbrechen“, hätte der Kanzler keine Mehrheit mehr und es gäbe Neuwahlen. Die FPÖ würde nach einem solchen roten Knittelfeld wohl zur stärksten Kraft in Österreich.

Aus dieser vermeintlich vernünftigen Logik heraus, beugen sich die SPÖ-Spitzen im Nachhinein dem Kanzler. Doch dass Werner Faymann prosaische Entscheidungen im Alleingang treffen kann, haben die wichtigsten

Funktionäre schon im Vorhinein verantwortet. Sie müssten seit Jahren klarstellen, dass ein Parteivorsitzender alle grundlegenden Entscheidungen – zu denen Verfassungsänderungen zweifellos gehören – im Parteipräsidium abzusprechen hat, bevor die Öffentlichkeit informiert wird. Wenn sie das nicht einfordern, sind sie im Nachhinein immer erpressbar, wenn Faymann via Medien Fakten schafft. Das Parteipräsidium hat die Verantwortung dafür, ob die SPÖ eine autokratische geführte One-Man-Show ist oder nicht.

Das österreichische Demokratieproblem ist aber nur ein Mosaikstein des europäischen Demokratiedesasters.

Die nationalen Parlamente spielen in Europa nicht mit, das europäische Parlament ist zu schwach um wirkungsvoll zu handeln. Die Kommission wird durch die multilateralen Initiativen – vom ESM bis zur Fiskalunion – permanent ausgehebelt. Was entsteht, ist kein europäisches Recht, sondern Deals zwischen Nationalstaaten. Was wir erleben, ist die Polykratie der Landesfürsten, die alle legislative und exekutive Macht auf sich vereint haben – siehe Werner Faymann, der als exekutives Organ im Alleingang eine Schuldenbremse in der Verfassung durchsetzen kann.

Wobei es bei der europäischen Entscheidungsfindung ganz offiziell nur zwei Kurfürsten bzw. -fürstinnen gibt, nämlich jene von Frankreich und Deutschland. Da sich Sarkozy immer beugt, passiert in der Europäischen Union letztlich das, was Angela Merkel will. Zwölf Millionen deutsche Stimmen für die CDU bei der Bundestagswahl 2009 entscheiden nun über Schicksalsfragen für eine halbe Milliarde Europäer/innen. Das Friedensprojekt Europäische Union ist heute ein Diktat der deutschen Konservativen.

## Was zu tun wäre

Was können wir in Österreich noch tun? Zumindest die nationalen Spielräume ausloten und uns nicht die restriktive deutsche Schuldenbremse – die in ihrem Herkunftsland auch von konservativen Fachleuten als völlig unangegoren betrachtet wird – in die Verfassung zu schreiben. Wir fordern das Parteipräsidium auf, sich nicht darauf auszurufen, dass der Kanzler selbst wissen müsste, was er macht. Das Parteipräsidium soll seine Verantwortung wahrzunehmen, um aus dieser Situation das Bestmögliche herauszuholen.

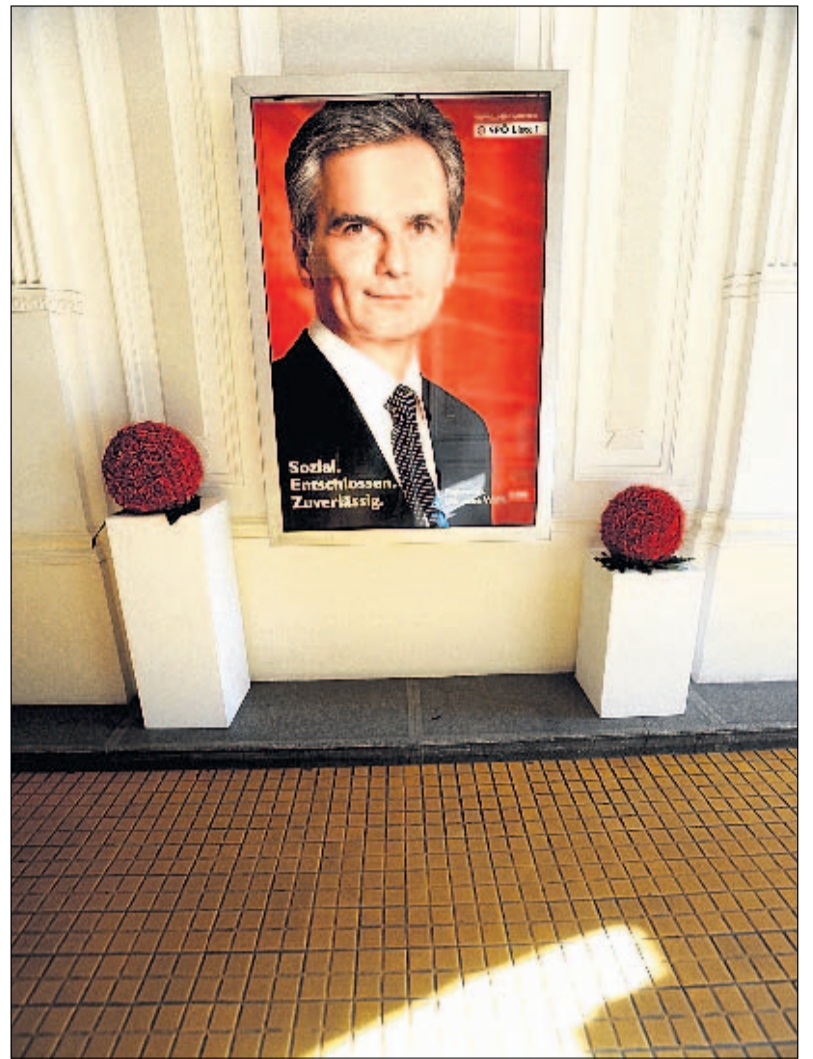
Das bedeutet konkret, es muss in Abstimmung mit den Grünen vereinbart werden, dass a) starke Konjunkturbrechen in den Ausnahmekatalog für die Schuldenbremse aufgenommen werden müssen, b) dass die Konsolidierungsdauer gestreckt wird, um nicht permanent die Konjunktur zu gefährden und c) dass die für das Verfahren sehr bedeutsame Berechnungsmethode im Rahmen der EU-Vorgaben aus dem Finanzministerium zu den Sozialpartnern wandert. Damit würden der Schuldenbremse die Giftzähne gezogen und der Kanzler könnte sein Gesicht wahren.

Niki Kowall im Namen der Aktivist:innen und Aktivistinnen der SPÖ-Sektion 8 (Alsergrund)

\*Die SP-Querdenker rund um Niki Kowall haben im September des Vorjahres gegen den Widerstand der Wiener SP-Führung das „Kleine Glücksspiel“ zu Fall gebracht.



Niki Kowall & Co: SP-Spitzen dürfen sich nicht erpressbar machen lassen. F.: Corn



Werner Faymann, entrückt: Setzt sich der Kanzler in der Frage der Schuldenbremse „autokratisch“ über die schweigende Mehrheit in seiner Partei hinweg? Foto: Corn

HANS RAUSCHER

## „Neigungsgruppe Supermacho“?



Das Berufsheer der USA besteht zu einem beträchtlichen Teil aus Personen, die entweder sonstwo keine Lebensperspektive finden oder aus Affinität zu Waffen, Gewalt und Grausamkeiten zur Armee gehen. Das gilt (mit Abstrichen) für die meisten Berufsheere der Welt, auch in einwandfrei demokratischen Ländern. Wenn die Kontrolle durch die militärische Hierarchie und die Politik funktioniert, können diese Erscheinungen in vertretbaren Grenzen gehalten werden.

Bei der US-Armee ist das offenbar nicht der Fall, das beweisen die dauernden Vorfälle – von der Demütigung von Gefangenen im Militärfängnis Abu Ghraib über die willkürliche, von zynischen Kommentaren begleitete Ermordung von Zivilisten im Irak (aufgedeckt gegenüber Wikileaks durch einen Unteroffizier, dem jetzt schwerste Strafen drohen) oder in Afghanistan. Zuletzt die Leichenanschändung durch Urinieren auf im Kampf getötete Taliban in Afghanistan.

Gräueltaten und Totenschändungen gibt es, seit es Krieg gibt. Die Taten der US-Soldaten sind ein Teil der Realität, ein anderer ist es, dass vor ein paar Jahren Leichten von getöteten US-Agenten auf einer Brücke in Irak aufgehängt wurden oder seinerzeit in Somalia von einem Lastauto durch die Straßen geschleift wurden.

Dennoch muss derlei in den Armeen demokratischer Staaten rigoros unterdrückt werden. Die Frage ist, ob Verrohung dieser Art in Berufsheeren häufiger vorkommt als in Wehrpflichtarmeen demokrati-

scher Länder. Oder, anders gesagt, ob es bei Berufsarmeen eine negativere Auslese (vor allem bei Mannschafts- und Unteroffiziersrängen) gibt als in Wehrpflichtarmeen, die theoretisch einen repräsentativeren Durchschnitt durch eine (demokratische) Gesellschaft bieten. Vorsichtig kann man formulieren, dass ein Heer, das fast ausschließlich aus Mitgliedern der „Neigungsgruppe Supermacho“ besteht, und das ist bei Berufsheeren eher der Fall, ein höheres Gefahrenpotenzial in Richtung Gewaltexzesse in sich trägt.

Brutalität und unangemessene Ausübung von Gewalt gehen oft Hand in Hand mit extremistischer und/oder autoritärer Einstellung. Auch das ist übrigens zu bedenken, wenn man – wie in Österreich – an die Einführung eines Berufsheeres denkt. Schon jetzt gibt es im Bundesheer immer wieder entsprechende Vorfälle – sie werden, wie Verteidigungsminister Norbert Darabos glaubwürdig darstellt, rasch und konsequent geahndet.

Was sich dann aber bei der Einführung eines Berufsheeres melden und wohl zunächst auch angenommen werden wird, kann man sich aus Erfahrung relativ leicht vorstellen: teils organisierte Rechtsextreme, die zielstrebig die Institutionen des Staates unterwandern wollen, teils dumpfe Modernisierungsverlierer und Misfits der Gesellschaft. Österreich ist überdies eine Gesellschaft mit starkem Rechtsdrall, wahrscheinlich stärker als in vergleichbaren Staaten.

Es ist anzunehmen oder zu hoffen, dass man sich im Büro Darabos auch darüber Gedanken gemacht hat und nicht nur darüber, wie man den (vermeintlichen) Wahlschlagler „Berufsheer“ finanziell hinbiegt. [hans.rauscher@derstandard.at](mailto:hans.rauscher@derstandard.at)

## ERRATA

### Irgendwie für die Katz'

Abstufungen hin, Abstufung her – es ist alles halb so schlimm: Die Spanier und die Italiener sind ihre Staatsanleihen jüngst trotz allem gut losgeworden, und überhaupt geht es dem Euro offenbar doch besser als gedacht.

Wir müssen nur zurückschauen, der Rückblick macht sicher. „2002 war der Euro 0,89 US-Cent wert, heute pendelt der Euro um die Marke von 1,30 US-Dollar“, bilanzierten wir die zehn Jahre seit der Einführung der Gemeinschaftswährung. Das ist eine Kursrally! Von weniger als einem Cent, eben 0,89 US-Cent, auf rund 130 Cent, also 1,30 Dollar: Da hat der Euro um die 146 Prozent zugelegt. Und das soll eine Krise sein.

Man muss ja nur weit genug zurückschauen, und schon relativieren sich die Dinge, das Universum zum Beispiel. Wir haben sein Alter mit 4,5

Milliarden Jahren angegeben. Das ist eine recht erdzentrierte Sicht der Dinge: So alt ist gerade einmal unser blauer Planet, und dieser ist nicht der älteste Teil des Planetensystems, in dem wir leben. Dessen Alter wird derzeit mit 13,75 Milliarden Jahren angegeben – vielleicht 170 Millionen Jahre mehr, vielleicht 150 Millionen Jahre weniger. Zustände gekommen ist der Fehler, weil jemand eine Wortwiederholung vermeiden wollte und schnell einmal Erde durch Univer-

sum ersetzt hat. Mit einer Rechen-schwäche hat das wenig zu tun, ein paar Millionen auf oder ab, das sind Schwankungsbreiten, mit denen wir zurechtkommen.

Wird der Betrachtungszeitraum kleiner, wird es schon schwieriger. Wir widmeten uns Peter von Tramin und ließen den Buchautor von 1932 bis ins Jahr 1991 leben. Der Schriftsteller wurde jedoch nur 49 Jahre alt. Es ist aber gewiss als großzügige Geste zu sehen, dass wir ihm zehn Lebensjahre mehr vergönnt hätten.

Wir widmeten uns auch dem russischen Regisseur Alexander Sokurov und seiner Annäherung an Faust, wir schrieben über seinen Zugang zu Goethes Epos. Viele Seiten hat das Werk ja, dennoch: eine Tragödie.

Immerhin sind wir zumindest mittelbar der Existenz des legendären Schneemenschen näher gekommen. Unser eindrucksvoller Yeti-Beweis: Wenn er eine Tante hat, muss es ihn ja wohl auch geben – und tatsächlich ist in diesen Tagen die Jeti-Tante aufgetaucht. Wie die eigentlich namensgebende Tante Henriette das wohl sieht? Großes Bemühen, aber alles für die Jeti-Tant', für die Katz' sozusagen.

Otto Ranftl  
Leserbeauftragter  
leserbriefe@derstandard.at  
otto.ranftl@derstandard.at

